



Jens Christian Magnussen, MdL	Schleswig-Holsteinischer Landtag
--------------------------------------	----------------------------------

Brunsbüttel, 02. Dezember 2010

P R E S S E M I T T E I L U N G

Diese Stellungnahme ist nur in Gänze ohne Kürzung oder Veränderung gültig.

Jens Magnussen zu der DLZ-Kampagne gegen die Haushaltskonsolidierung der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen und gegen die regionalen Abgeordneten.

Mit großem Verständnis nehme ich die Lesermeinung, die in den Leserbriefen kommuniziert werden ernst, nehme aber auch den Leserbrief von Herrn Peter Wilde, Großenrade, zur Kenntnis und muss den Ausführungen widersprechen.

Ich, Jens Magnussen – CDU -, eiere nicht herum und verkaufe die Menschen meines Wahlkreises nicht für dumm.

Ich habe in der Öffentlichkeit, in Parteiveranstaltungen zur Haushaltskonsolidierung als auch in der Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel zu einer Resolution auf Initiative der SPD klar und deutlich Stellung bezogen und mich für die Haushaltskonsolidierung - also zum Gegensteuern der aufgetürmten finanziellen Altlasten von Vorgängerregierungen - incl. der Küsten- und Hochwasser-schutzabgabe - ausgesprochen.

Dazu stehe ich auch weiterhin, da mir bis jetzt keine Lösung eingefallen ist, die aus meiner Sicht umsetzbar wäre. Was weitere Prüfansätze selbstverständlich nicht ausschließt.

Politische Arbeit in Zeiten, in der finanzielle Entscheidungen durch die in der Landesverfassung festgeschriebene Schuldenbremse getroffen werden müssen, bedeuten auch Entscheidungen zu treffen, die nicht von jedem geliebt und wohlwollend begleitet werden.

Ich zumindest stehe zu dieser Verantwortung, die ich für meinen Wahlkreis und für das Land Schleswig-Holstein übernommen habe.

Ich denke, Klientelpolitik sieht anders aus.

Das derartige Entscheidungen nicht einfach nur so „just for fun“ getroffen werden sollte jedem bewusst sein. Wer etwas anderes behauptet, unterstellt Böses.

Das durch politische Diskussionen, durch Lösungsansätze von betroffenen Bürgern Prüfverfahren von Alternativen in die Ministerien getragen werden, scheint mir selbstredend.

Aber auch die gewählten Abgeordneten machen sich Gedanken: Ob man das glaubt oder auch nicht.

Eine Beteiligung aller Schleswig-Holsteiner in einem Umlageverfahren durch das FAG oder ähnlichen Instrumentarien ist eine Möglichkeit, die geprüft werden muss und auch geprüft wird.

Aber zwei Berichte der Dithmarscher Landeszeitung vom 26. November 2010 inspirieren mich zu einer generellen Stellungnahme, die ich in diesem Zusammenhang gerne kommunizieren möchte.

- „Ja zur „Deichsteuer“ -

Ja zur Deichsteuer vor dem Hintergrund der durch wissenschaftliche Betrachtung prognostizierten Klimakatastrophe mit einem Wasseranstieg und Überflutungsszenarien für Schleswig-Holstein, der medial intensiv begleitet wird und zu Verunsicherung der hier lebenden Menschen führt.

Ein Aufschub der Deichverstärkungs- und Unterhaltungsmaßnahmen ist daher aus meiner Sicht unumgänglich.

Aber wie können finanzielle Mittel sinnvoll und nachhaltig eingesetzt werden.

Hier setzt der zweite Artikel auf.

- **„Das Geld könnten wir für den Hafen besser brauchen“** -

Ich ergänze:

„ Das Geld können wir für den Hafen und für den Küstenschutz in der Region besser brauchen“

Die Diskussion zur Einführung einer Küstenschutz-und Hochwasserschutzabgabe und die gleichzeitige Forderung zur Salzwiesen-Renaturierung einer 54 Hektar großen Vorlandfläche südlich der Halbinsel vor Friedrichskoog stehen aus meiner persönlichen Sicht im Gegensatz.

Die Ausführungen zum Hafentriel Friedrichskooger Hafen münden immer in dem Fazit, dass der Mensch der Natur nicht entgegen wirken kann. Diesem Ansatz stimme ich als Küstenbewohner unter Betrachtung der erheblichen finanziellen Aufwendungen auch uneingeschränkt zu.

Aber, dass als Ausgleichsmaßnahme für Kolkschutzmaßnahmen vor der Bohr- und Förderinsel Mittelplate eine Investition in Höhe von ca. 2 (in Worten zwei) Millionen Euro für die Aufwertung der Flächen aus naturschutzfachlicher Sicht, insbesondere der Optimierung der hydrodynamischen Verhältnisse eingesetzt werden müssen, haben sich mir in Anbetracht der allgemeinen finanziellen Situationen noch nicht erschlossen und werfen größte Zweifel an der Umsetzung derartiger Maßnahmen auf.

Weiter wird argumentiert, dass „in natürlichen Salzwiesen ein Rechteck-Muster nicht besteht“.

Aus meiner laienhaften Sicht wird durch die Ausgleichsmaßnahme aber in Belange der Natur eingegriffen, genau dem Sachverhalt, dem beim Hafentriel nicht entsprochen wird.

Also schlieÙe ich daraus, dass die AusgleichmaÙnahme der RWE-DEA eine zeitlich befristete Anpassung der nat¼rlichen Gegebenheiten sein wird. Das Meer wird sich den urspr¼nglichen Zustand wiederholen.

Die F¼rderung des Wachstums bestimmter Pflanzen und von Brutgebieten f¼r bestimmte Vogelarten steht hier aus meiner Sicht nicht im Einklang mit den DeichsicherungsmaÙnahmen.

Da wir auch in diesem Zusammenhang ¼ber DeichsicherungsmaÙnahmen und Unterhaltung der Deiche reden, sollten wir uns auch verinnerlichen, dass durch Sturmfluten und Hochwasserereignisse Treibsel, u.a. Gräser, Sträucher aus dem Vorland, am und auf den Deichen abgelagert wird, die den Deichen auch Schädigungen zuführen können und die erheblichen Kosten für die Entsorgung mit sich bringen.

Meine Erkenntnis:

Natur vor der Sicherung und der Existenzen der Menschen, die an den Küsten Schleswig-Holsteins leben.

Nationalpark und Weltnaturerbe zeigen hier deutlich, welche Stellenwerte sich zwischen Mensch und Natur entwickeln.

Seien auch Landes-, Bundes- als auch EU-Recht für diese Entwicklung verantwortlich, sollten wir in Anbetracht der Haushaltsentwicklungen und der notwendigen Einsparmaßnahmen darüber nachdenken, wie wir auch in diesen Bereichen zu einem Ansatz mit Augenmaß und vernünftigem finanziellen Einsatz kommen, um den Menschen an der Küste sowie im Binnenland gerecht zu werden.

Auch wenn die Dithmarscher Landeszeitung vom Boyens Verlag nicht mehr meinem Anspruch von ausgewogener Berichterstattung entspricht, dokumentieren diese beiden Beiträge doch eindrucksvoll, wie die Situation im Lande insbesondere an den Küsten ist.

In Abwägung der Gesamtsituation sollte die geforderte Renaturierungsmaßnahme der RWE-DEA im Grundgedanken noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden, ohne je-

doch dadurch zeitliche Verzögerungen im Genehmigungsverfahren für die RWE-DEA auf zu tun.

Auch wenn mir unterstellt werden sollte, dass ich zwei Dinge miteinander vermische, die vielleicht miteinander nichts zu tun haben, so denke ich doch, dass über Synergieeffekte ähnlich gelagerter regionalbedingter Belange intensiv nachgedacht werden muss.

Mein Fazit:

Wer heute sagt, weiter so wie in der Vergangenheit, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und versündigt sich an der Zukunft unseres Landes und der Zukunft der Generationen.

Jedem, der mit umsetzbaren Alternativen zum Gelingen des Projektes „Haushaltskonsolidierung“ konstruktiv beitragen möchte, lade ich gerne zu einem persönlichen Gedankenaustausch ein oder warte auf schriftliche Lösungsansätze.

Ich bitte aber auch um Beachtung, dass wir alle am Beginn der Haushaltskonsolidierung sind und die Haushalte bis zum Jahre 2020 (also die nächsten 10 Jahre je 125 Millionen Euro – in Summe 1.250 Millionen Euro - Einsparung oder Mehreinnahmen) das politische Handeln bestimmen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Magnussen, MdL